

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 18

Artikel: Gegen den Widerstand der Bevölkerung : Umsiedlungsaktionen in der Sowjetunion

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076438>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gegen den Widerstand der Bevölkerung

Umsiedlungsaktionen in der Sowjetunion

Neue Umsiedlungsaktionen grossen Ausmasses aus den europäischen Teilen der Sowjetunion nach den Nord- und Fernostgebieten werden unter verstärktem Druck aufgenommen und beginnen deutlich Zwangscharakter anzunehmen. Die Massnahmen weisen nicht nur auf eine weitere Intensivierung der Bemühungen um die wirtschaftliche Erschließung der Neulandgebiete hin, sondern auch auf das Scheitern der bisherigen Bemühungen. Neue Beschlüsse und bereits erlassene entsprechende Verordnungen und Neuregelungen lassen erkennen, dass die Partei ihre Bevölkerungspolitik intensiver, aktiver und kontrollierter durchzuführen gedenkt.

Partei und Staat

Sowohl am letzten Parteikongress als auch bei der Sitzung des Obersten Sowjets wurde die Umsiedlung nicht nur ganzer Bauernfamilien, sondern auch ganzer Dörfer in die sibirischen Neuland-Sowchosen befürwortet. Denn, so hiess es in der Begründung, die Erfahrung habe gezeigt, dass nicht nur die einzelnen Arbeitskräfte, sondern selbst Haushaltungen bei erster Gelegenheit wieder in die russischen, europäischen Gebiete zurückkehrten, nachdem sie mit beträchtlichem Aufwand in den asiatischen Regionen verbracht worden seien. Um den Einzelnen in der neuen Umgebung besser verwurzeln zu lassen, sollen somit jetzt ganze Gemeinschaften verpflanzt werden.

Parallel zu dieser Bauern-Umsiedlung soll auch die Einführung neuer Arbeitskräfte zur Industrialisierung der wirtschaftlich noch nicht genügend erschlossenen Gegenenden nun einen grösseren Rahmen erhalten. Ganze Betriebe, ganze demobilisierte Militäreinheiten werden zum Aufbau in Sibirien gesucht.

Freiwilligkeit ...

Selbst die grossen Umsiedlungsaktionen werden offiziell nur auf freiwilliger Basis durchgeführt, und der Grundsatz der Freiwilligkeit wird in allen diesbezüglichen Aufrufen und Mitteilungen besonders betont. Beim Ministerrat gibt es eine Hauptverwaltung für Umsiedlung und organisierte Rekrutierung von Arbeitskraft. Sie arbeitet zur Hauptsache mit Werbeplakaten, wobei namhafte Vergünstigungen den Anreiz zum Umzug erhöhen sollen. Den Bauernfamilien werden soziale und materielle Vorteile zugestanden: die Umsiedler erhalten Geldzuschüsse als einmalige Unterstützung, ihnen können Reisekosten erlassen werden, und Mobiliar und Hausrat dürfen sie bis zum Gewicht von zwei Tonnen gratis mitführen. Die Vorräte an Getreide und Kartoffeln müssen sie am alten Wohnort abliefern und erhalten dann die gleiche Menge am neuen Wohnsitz.

Kolchosen und Sowchosen, welche Umsiedler anstellen, erhalten Bankkredite mit einer Laufzeit von zehn Jahren zum Bau von Wohnhäusern. Die Hälfte der Kosten übernimmt der Staat. Ferner erhalten die Umsiedler langfristige Darlehen zum Ankauf von Kühen. Während zwei bis fünf Jahren werden ihnen die landwirtschaftlichen Steuern erlassen. Auch die Kollektivbetriebe, welche die Neuankömmlinge aufnehmen, werden von einem Teil der Einkommenssteuer befreit, werden aber allerdings dafür zur Unterstützung der minderbemittelten Umsiedler verpflichtet. Auch den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräften werden ähnliche Vergünstigungen gewährt. Das System besteht zwar

sich seit langem und wurde letztmals durch eine Verordnung vom März des vergangenen Jahres neu geregelt. Demobilisierten Soldaten und freiwilligen Anwärtern für Arbeit in den Nord- und Ostgebieten werden beträchtliche Transportermässigungen gewährt. Am neuen Arbeitsort gibt es Zulagen je nach Gebiet, Dienstjahr und Arbeit. Zu den Sonderleistungen gehören unentgeltliches Reisen, doppelte Taggelder, Erstattung der Umgangskosten, Erlass von Steuern und Versicherungsbeiträgen. All das aber hinderte nicht daran, dass die Arbeiter immer wieder jede Möglichkeit zur Rückkehr ergripen, dass die Fluktuation der Arbeitskräfte nicht der erhofften Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt wichen. Deshalb soll auch hier die Kollektivumsiedlung den Vorzug erhalten.

... und ihre Grenzen

Dass die Freiwilligkeit solcher organisierter Bevölkerungsbewegung in dem Masse problematisch wird, da sie ganze Gemeinschaften umfasst, ist einleuchtend. Das sowjetische Zivilgesetzbuch garantiert an sich das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes, und der Schein wird entsprechend gewahrt. Eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit erscheint höchstens mittelbar durch vertragliche Verpflichtung. Dagegen ist die vertragliche Verpflichtung der Firmen, welche im europäischen Teil Arbeiter beschäftigen, fragwürdiger und kann für Umsiedlungsaktionen ohne weiteres lange gehandhabt werden. An sich dürfen Arbeiter nur unter besonderen Umständen entlassen werden, aber Versetzung ist immerhin möglich.

Im allgemeinen wird vornehmlich gesellschaftlicher Druck ausgeübt, um die Auswanderungswilligkeit zu steigern, doch lässt die sowjetische Presse selbst indirekt das Beste eines Zwanges erkennen, wenn sie etwa schreibt: «Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der betreffenden Personen ohne Lust nach ihrem neuen Bestimmungsort reisen wird.» Lustlosigkeit und Freiwilligkeit lassen sich jedenfalls nur schlecht vereinbaren.

Die Notwendigkeit

neuer Ansiedlung in den nördlichen und östlichen Unionsteilen ergibt sich schon aus der schlechten Aufteilung der Bevölkerung und einer entsprechenden wirtschaftlichen Uneigengleichheit. «Die industrielle Produktion ist zurzeit zu drei Vierteln auf Europa konzentriert, wo nur ein Viertel der Kohle, etwa die Hälfte des Eisens und 5 Prozent der Wasserkraft vorhanden sind. Obwohl das Gebiet nur 25 Prozent der Gesamtfläche der UdSSR ausmacht, sind hier 80 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt» (Trud i sarabotnaja plata, Nr. 2, 1961). Zahlreich sind die jüngsten Pressestimmen, die über schlechte

Bevölkerungsaufteilung klagen. Das Gebiet des Fernen Ostens und die ihm gleichgestellten Rayons umfassen zirka 10 Millionen Quadratkilometer oder rund 45 Prozent des sowjetischen Territoriums, doch leben dort nur 2 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Noch schlechter als mit der Bevölkerungsverteilung ist es mit dem Kader bestellt: 1959 entfielen beispielsweise auf 10 000 Einwohner in der UdSSR 17,9 Aerzte. Auf die gleiche Zahl waren es in Georgien 31,4 dagegen in Tadschikistan nur 11,2 und wenig mehr in Kasachstan, der Moldau und Weißrussland («Sozialistischeschi Trud», Nr. 3, 1961).

Die Unzufriedenheit der Kader mit ihren Arbeitsplätzen im allgemeinen äussert sich in grossen Fluktuationen: So hatte das Gebiet Smolensk in den letzten zwei Jahren einen Zuzug von 1443 und einen Wegzug von 1960 Agrarfachleuten zu verzeichnen («Kommunist» Nr. 5, 1961). In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass Fachleute unbedingt die notwendigen Arbeitsbedingungen und Wohngelegenheiten verschafft werden müsse, um sie am

Meldungen von morgen

Albanien wird bald einen grossen Prozess gegen «Verräter» aufziehen, wie sich aus Äusserungen hoher Partefunktionäre ergibt, die von einem aufgedeckten Komplott gegen das Volk sprechen. Der Prozess bezweckt anscheinend nicht allein Abrechnung mit Feinden Hodschas im Innern, sondern zugleich die «Aufdeckung» einer Verschwörung gegen Albanien, in der das revisionistische Jugoslawien gemeinsame Sache mit dem amerikanischen Imperialismus gemacht habe.

*
Quittungsbüchlein für Haushaltzahlungen (Wohnung, Elektrizität, Gas, Wasser, Radio, Telefon) werden nun voraussichtlich auch in der ganzen Sowjetunion eingeführt werden. Die Einrichtung hat sich laut «Ekonomitscheskaja Gasjetza» in Moskau bewährt und wird gegenwärtig vom Finanzministerium der UdSSR geprüft.

*
Die Voll-Elektrifizierung der sowjetischen Bahnen wird in beschleunigtem Tempo vorangetrieben. Letztes Jahr wurden 43 Prozent aller Transportgüter mit Elektro- und Diesellokomotiven befördert, gegenüber 14,1 Prozent 1955.

*
Indiz für interne Schwierigkeiten der Sowjetunion sind die gegenwärtigen grossen Goldverkäufe. In letzter Zeit verkauft Moskau in Paris für 150 Millionen NF Gold, wovon nur 93 Millionen zu Defizitausgleich gegenüber Frankreich dienten. Zu den Anzeichen der chinesischen Versorgungskrise hatten schon frühzeitig die gestiegenen Silberverkäufe auf den freien Märkten gedient.

*
Ab 1. Juli werden in der Tschechoslowakei örtliche Volksgerichte, eine Parallele zu den sowjetischen Kammersachen, tagen. Die Kompetenzen sollen, wie in einer kürzlichen Justiztagung in Prag verlautete, in einer Gesetzesvorlage definiert werden.

Arbeitsplatz zu halten. Offenbar klappt es in diesem Punkt trotz aller Werbeaktionen doch nicht genügend.

Wirtschaftlich ergeben sich aus der gegenwärtigen Bevölkerungsverteilung nicht nur ein ungenügendes Ausnützen der Bodenschätze und Agrarmöglichkeiten, sondern auch unrationelles Arbeiten wegen Mangel an lokaler Industrie. So führt die «Ekonomitscheskaja Gasjeta» als Grund für die notwendige Industrialisierung des entfernten Ostens u. a. folgende Beispiele an: «Das Holz wird von Sibirien nach dem Ural und in die europäischen Gebiete befördert, wo man daraus Standardhäuser fabriziert und sie wieder nach Sibirien, Kasachstan usw. zurücktransportiert. Von Smolensk (russisch-weissrussische Grenze) transportiert man jährlich zirka 500 Waggons leerer Flaschen 10 000 km nach dem Osten, was zirka drei Millionen (alte) Rubel kostet. Für diesen Betrag könnte man einen entsprechenden Betrieb bauen.»

Andere Gründe

Diese wirtschaftlichen Gründe der sowjetischen Besiedlungspolitik werden in der Unionspresse durchaus offen behandelt. Dagegen schweigt man von den politischen, die ebenfalls ihre Rolle spielen. So hat Kasachstan weite Grenzen mit China gemeinsam, die Kasachen sind ein Stamm, der auch im angrenzenden China zu finden ist. Chruschtschews systematische Überführung von Russen in diese Gebiete hat also gleichzeitig den wichtigen Zweck, das moskaufreundliche Element gegenüber dem traditionelleren chinafreudlichen unter der Bevölkerung zu stärken und die Republik besser unter Kontrolle zu halten.

Umsiedlungsaktionen von grossem Umfang sind in der Geschichte der russischen Landwirtschaft nicht neu und fanden schon zur Zarenzeit statt. Damals lockte man die Bauern mit teils nicht eintreffenden Möglichkeiten von Landerwerb. Dieser Anreiz besteht zur Zeit der fortschreitenden Vollkollektivierung nicht mehr. So werden andere Lockmittel gesucht, und falls diese nicht ausreichen, andere Mittel schlichtweg.

Die sowjetzonalen Presseleute führen eine «Afrika-Solidaritätsaktion» durch. Auf dem Afrika-Konto des Verbandes der Deutschen Journalisten (VDJ) sind bereits mehr als 750 000 DM (Ostmark) einbezahlt worden.

Propaganda

Schweiz

K ist aufmerksam

Chruschtschew gratulierte einer Schweizerin zur Besteigung des Kilimandscharo, einer Leistung, der man bei uns selbst kaum Beachtung geschenkt hatte.

In der Firma, wo die junge Bergsteigerin arbeitet, hielt man das auf dem Fernschreiber erscheinende Glückwunschkarten zunächst für einen Scherz, konnte sich aber später davon überzeugen, dass es durchaus echt war. Die von der SBZ-Nachrichtenagentur ADN aus Moskau übermittelte, freundliche Gratulation ist ein erstaunliches Beispiel für die Aufmerksamkeit der sowjetischen Propaganda, die keineswegs nur die Form der politischen Werbung anzunehmen braucht.

Kredite einiger sozialistischer Staaten an ökonomisch schwach entwickelte Länder von 1953 bis Anfang 1961 (Schätzung)

VAR ÄGYPTEN	VAR SYRIEN	IRAK	AFGHANISTAN	NEPAL	BURMA	INDONESIEN	MILLIONEN RUBEL ALTER VALUTAKURS
UdSSR 1660	UdSSR 6840	UdSSR 7300	UdSSR 987	UdSSR 30	UdSSR 153	UdSSR 1502	
CHINA 20	ČSSR 534	ČSSR 1344	ČSSR 56	CHINA 134	CHINA 377	CHINA 265	
ČSSR 322	INSGESAMT 7374	INSGESAMT 8644	INSGESAMT 1043	INSGESAMT 164	INSGESAMT 530	ČSSR 210	
POLEN 8						POLEN 236	
UNGARN 28						RUMÄNIEN 8	
INSGESAMT 2238						INSGESAMT 2221	
SUDAN	PAKISTAN	PARAGUAY	KOLUMBIEN	INDIEN	CEYLON	BOLIVIEN	ARGENTINIEN
UdSSR 20	UdSSR 119	ČSSR 60	ČSSR 100	UdSSR 3675	UdSSR 120	UdSSR 600	UdSSR 520
INSGESAMT 20	INSGESAMT 119	INSGESAMT 60	INSGESAMT 100	ČSSR 346	CHINA 106	INSGESAMT 600	ČSSR 68
BRASILIEN	AFGHANISTAN	JEMEN	GUINEA	POLEN	GHANA	KAMBODSCHA	POLEN 24
POLEN 16	UdSSR 987	UdSSR 164	UdSSR 149	UdSSR 168	UdSSR 20	UdSSR 24	INSGESAMT 612
INSGESAMT 16	INSGESAMT 1043	INSGESAMT 228	CHINA 100	ČSSR 419	INSGESAMT 186	CHINA 64	
KOLUMBIEN	IRAN	ATHIOPIEN	IRAN	ČSSR 47	ĀTHIOPIEN	JEMEN	KAMBODSCHA
ČSSR 100	ČSSR 24	UdSSR 419	ČSSR 24	INSGESAMT 466	UdSSR 419	UdSSR 164	UdSSR 24
INSGESAMT 100	INSGESAMT 24	INSGESAMT 466	INSGESAMT 24		INSGESAMT 466	CHINA 64	CHINA 138
CEYLON	INDIEN	GUINEA	GUINEA			INSGESAMT 228	INSGESAMT 162
UdSSR 73	UdSSR 3675	UdSSR 149	UdSSR 149				
INSGESAMT 299	ČSSR 346	CHINA 100	POLEN 20				
INDIEN	INDIEN	GHANA	GHANA				
UdSSR 3675	ČSSR 346	UdSSR 168	UdSSR 168				
ČSSR 346	POLEN 148	POLEN 20	POLEN 20				
POLEN 148	RUMÄNIEN 48	INSGESAMT 186	INSGESAMT 186				
RUMÄNIEN 48	INSGESAMT 4217	KREDITE INSGESAMT 15928,8	KREDITE INSGESAMT 15928,8				
INSGESAMT 4217							

Entwicklungskredite

Ostblock

Die Aufteilung

Einen aufschlussreichen Rahmen zur Darstellung aktueller sowjetischer Unternehmungen in den Entwicklungsgebieten (KB Nr. 16) liefert diese Karte der Ostberliner Wochenzeitung «Die Wirtschaft», weil sie die Darlehenspolitik des Ostblocks in ihrer Aufteilung zeigt.

Gut drei Viertel aller Kredite stammen von der UdSSR, während von den übrigen Staaten vorwiegend die Tschechoslowakei und China beteiligt sind. Die führende Rolle Prags unter den Satelliten in den Außenwirtschaftsbeziehungen ist besonders deutlich ersichtlich und entspricht auch der Rolle der CSSR als Pionier im Kulturaustausch mit nichtkommunistischen Ländern. Aus dieser Darstellung, die einen Zeitraum von acht Jahren umfasst, kommen die in letzter Zeit zunehmenden Anstrengungen Ostdeutschlands, Bulgariens und Polens weniger zur Geltung.

Der chinesische Einfluss erstreckt sich begreiflicherweise besonders auf asiatische Gebiete (Burma, Kambodscha, Nepal, Ceylon), doch ist daneben auch die Beteiligung Pekings an der Entwicklung Guineas auffällig, wo Sekou Touré sich von chinesischen Beratern in die landwirtschaftliche Kommunenpraxis einführen liess, die in der CVR selbst ja wirtschaftlich weitgehend Schiffbruch erlitt. Ghana dagegen, der andere sehr stark kommunistisch beeinflusste Staat des Kontinents, steht wirtschaftlich ganz im Wirkungsbereich der Sowjetunion.

In ihrem Kommentar erklärt die «SBZ-Zeitung»: «Das Ziel ist Unabhängigkeit.» Wie wenig dies auf die Sachlage zutrifft, zeigt der gegenwärtig so stark vorangetriebene Bau von Ölraffinerien (bekanntlich übrigens nicht nur in den Entwicklungsländern). Die überarbeitende Industrie wird besonders zur Raffinerie des stark schwefelhaltigen sowjetischen Erdöls eingerichtet und bleibt darnach direkt

vom sowjetischen Export abhängig. An sich wäre ja der Transport von zentral raffiniertem Öl rationeller, aber dieses ist immer von Oelleferanten des freien Marktes konkurrenziert werden.

Meist hat die kommunistische Entwicklungshilfe die Form langfristiger Kredite zu einem niedrigen Zinsfuss (meist 2,5 Prozent), wobei oft die Kreditnehmer auf Zahlung in freien Währungen (praktisch in Dollar) bestehen. Die Tilgung der Darlehen ist häufig als Warenlieferung vorgesehen. Dass auch hier Entwicklungsländer unliebsame Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, zeigt das Beispiel Guineas, welches der Sowjetunion Bananen zu bestimmten Preisen liefern musste, die deutlich unter den Weltmarktpreisen lagen.

Politik

Tibet

Die grosse Ankündigung

China hat jetzt versprochen, mit der Kollektivierung im Tibet noch zuzuwarten, doch zeichnen sich gleichzeitig die Linien der Reformen ab, die das Land nicht nur der Vollkommunisierung, sondern auch der totalen Einverleibung in die Chinesische Volksrepublik entgegenführen.

Die Zusicherung, in den nächsten fünf Jahren keine «sozialistische Umgestaltung» durchzuführen, wurde kürzlich offiziell vom Sekretär des «Tibetischen Arbeitskomitees» der chinesischen KP gegeben. Zu verstehen ist diese Erklärung nur im Rahmen der Entwicklung, die China zurzeit dem unterdrückten Land aufzwingt.

Der wichtigste Programmfpunkt, der vor der Rebellion von 1959 immer wieder zurückgestellt werden musste, ist für die Zentralregierung in Peking die «Durchführung von Reformen». Diese «Reformen» haben zwei konzentrische Kreise: 1. Die Landreform, d. h. die Aufteilung des Grossgrundbesitzes nach bewährtem Muster, Neuvermessung des Bodens und Verteilung desselben an sogenannte landlose